

BERICHT

**der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission
zu den**

Budgetpostulaten zum Budget 2014

Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 14. November 2013 die eingegangenen sechs Budgetpostulate eingehend beraten und unterbreitet dem Einwohnerrat die nachfolgenden Empfehlungen:

Budgetpostulat der SP betreffend Steuerfuss der Einkommens- und Vermögenssteuer für natürliche Personen

(Der Gemeindesteuersatz für natürliche Personen soll um 1,5% erhöht werden)

Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission übersieht nicht, dass das Budget 2014 und insbesondere der Finanzplan 2014 - 2018 ein sich verdüsterndes Finanzbild zeigt. Steuererhöhungen können somit in der Tat nicht mehr für alle Zeiten ausgeschlossen werden. Allerdings geht mit jeder Steuererhöhung auch ein Verlust der Attraktivität der Gemeinde einher, weshalb eine Steuererhöhung immer nur das letzte Mittel sein darf. Mit vier Neinstimmen zu drei Jastimmen bei null Enthaltungen lehnt die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission daher das Budgetpostulat der SP ab.

Budgetpostulat der GLP und BDP betreffend Kürzung der Aufwendungen um eine Million Franken

(Die Aufwendungen sollen um mindestens Fr. 1'000'000.-- gekürzt werden und der Gemeinderat soll dementsprechend beauftragt werden, entsprechende Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen)

Ein Budgetpostulat hat sich immer auf eine bestimmte Budgetposition zu beziehen. Es ist also im Postulat mit anderen Worten genau anzugeben, auf welches Konto sich das entsprechende Budgetpostulat bezieht. Das vorliegende Budgetpostulat der GLP und BDP erfüllt dieses Erfordernis nicht, weshalb auf dieses Budgetpostulat streng genommen gar nicht erst eingetreten werden kann. Mit zwei Jastimmen zu vier Neinstimmen bei einer Enthaltung empfiehlt die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission daher, das Budgetpostulat der GLP und BDP zur Ablehnung.

Budgetpostulat der SP betreffend Konto 6230-3131: Planungen und Projektleitungen Dritter

(Streichung des Betrages von Fr. 8'000.-- für eine Studie zum Thema „Verlängerung der Buslinie 38“)

Nachdem das Postulat für eine Verlängerung der Buslinie 38 zum Bahnhof SBB anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 13. November 2013 nicht überwiesen wurde, ist dieses Budgetpostulat nicht mehr als konsequent. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission empfiehlt daher einstimmig, diesem Budgetpostulat zuzustimmen.

Budgetpostulat der SVP betreffend Reduktion der Beiträge für die Sozialhilfe um zwei Millionen Franken

(Im Konto 5720-3637 sollen die budgetierten Fr. 10'000'000.-- um Fr. 2'000'000.-- auf Fr. 8'000'000.-- gekürzt werden)

Bei der Sozialhilfe handelt es sich um einen gesetzlichen Auftrag des kantonalen Sozialhilfegesetzes. Dementsprechend muss die Gemeinde auch die für die Erfüllung dieses Auftrages notwendigen Mittel bereit stellen. Die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission empfiehlt dem Einwohnerrat daher mit fünf Neinstimmen gegen eine Jastimme bei einer Enthaltung, das Budgetpostulat der SVP abzulehnen.

Budgetpostulat der SVP betreffend Reduktion der Entschädigungen für die Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde um Fr. 184'000.--

(Im Konto 1401-3612 sollen die budgetierten Fr. 304'000. für die Entschädigung an Gemeinden und Zweckverbände um Fr. 184'000.-- auf Fr. 120'000.-- gekürzt werden)

Dieses Budgetpostulat zielt vor allem auf die Entschädigungen für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde ab. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde hat die vormaligen Vormundschaftsbehörden abgelöst und stellt gemäss Art. 440 Abs. 1 ZGB eine Fachbehörde dar. Von Gesetzes wegen hat die Gemeinde daher auch die entspre-

chenden Mittel bereitzustellen. Mit sechs Neinstimmen gegen eine Jastimme bei null Enthaltungen empfiehlt die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission dem Einwohnerrat daher auch dieses Budgetpostulat der SVP zu Ablehnung.

Budgetpostulat der SP betreffend Erhöhung des Budgetpostens 3420 3131 für die Projektarbeiten der Gestaltung Lindenplatz bzw. Haltestelle Kirche um Fr. 50'000.--
(der vorgesehene Betrag von Fr. 30'000.-- soll um Fr. 50'000.-- auf Fr. 80'000.-- erhöht werden)

In Anbetracht der angespannten finanziellen Lage der Einwohnergemeinde Allschwil ist dieses Budgetpostulat letztendlich nicht zu rechtfertigen. Mit zwei Jastimmen gegen zwei Neinstimmen bei drei Enthaltungen empfiehlt die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission daher dem Einwohnerrat mit dem Stichentscheid des Kommissionspräsidenten, dieses Budgetpostulat abzulehnen.

Allschwil, den 14. November 2013

Finanz- und Rechnungsprüfungskommission

Der Präsident



René Imhof

Der Vizepräsident



Stephan Wolf

An der Sitzung vom 14. November 2013 haben teilgenommen:

René Imhof (SVP)
Stephan Wolf (CVP)
Barbara Selinger (EVP)
Bruno Gadola (SP)
Niklaus Morat (SP)
Rahel Balsinger-Sonjic (FDP)
Jérôme Mollat (GLP)